

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlerstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6903.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Weimar*

Das alte freundliche Städtchen Thüringens, noch vor kaum hundert Jahren der Mittelpunkt deutschen Dichter- und Denkerlebens, ruft wehmütige geschichtliche Erinnerungen wach. Damals vereinigte es Geistesriesen, strahlte durch sie Geisteswerte über das ganze übrige Deutschland aus, ohne es freilich auch in allen seinen Teilen zu erleuchten. Heute der Treffpunkt der Auserwählten des gleichen Volkes, ist es berufen, ebenfalls einen hehren Geist auf das übrige Volk auszuatmen. Damals gehoben im Glück, ein leuchtender Stern des durch Kleinlauterei zerrissenen Deutschland, heute gleich tief betroffen vom Unglück aller inwischen zu einem Staatenbund vereinten deutschen Stämme. Die lange Frage, ob auch diesmal wie früher ein starker Geist von Weimar ausstrahlend das übrige Reich beleben könnte, harret ihrer Lösung. Das Weimar der Schiller und Goethe, das man sich sonst fast nur nach dem im Sommer oder Frühjahr gewonnenen Eindrücken vorzustellen vermag, scheint dieser Frage mit bangen Zweifeln auszuweichen. Frohlich wie der trübe Februartag liegt es da, summt in Schnee, einem undurchdringlichen Schweigen gleich, gehüllt.

Marchschritte erdröhnen. Feldgrau bis an die Zähne bewaffnet durchziehen die Stadt. Ihnen folgen Kraftwagen mit Maschinengewehren, Proviant- und Munitionslarren. Heimkehrer des Krieges? — Nein — Hinausziehende für den Ostmarkenschutz, die hier nur in kurzer Hast zum Schutze der Nationalversammlung weilen. Armes Deutschland! Tausend Wunden, die der Krieg geschlagen, schmerzen nicht so, wie die dir von den eignen Söhnen beigebrachten. Kann Weimar, wird Weimar heilen? — Wer möchte diese Frage nur annähernd beantworten?

Auch die Zusammenkunft der Nationalversammlung läßt diese Frage offen. Die Sozialdemokratie ist zwar die stärkste Partei, verfügt aber nicht über die unbedingte Mehrheit, auch dann nicht, wenn man die U. S. P. ihr zurechnet. Das weist der künftige Politik den Weg. Kein sozialdemokratisches Politik ist genau so unumgänglich wie rein bürgerliche, sozialdemokratische mit stark bürgerlichem oder bürgerliche mit stark sozialdemokratischem Einschlag ist das Gegebene. Darin aber liegt die große Schwierigkeit. Keine Partei ist stark genug, eigne Politik treiben zu können. Keine Partei fühlt sich schwach genug, um der andern weitgehende Zugeständnisse machen zu müssen. Die beiden der sozialdemokratischen Partei an Stimmenzahl und Abgeordnetensitzen zunächst stehenden Parteien sind zusammen der Sozialdemokratie gewachsen, verfügen über die gleiche Anzahl von Sitzen, bilden somit einen ebenbürtigen Partner. Jede für sich allein aber befürchtet aus einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, dieser infolge ihres ungeheuren Vorsprungs nur Schleppeitragendienste leisten zu dürfen. Das gilt besonders von der demokratischen Partei, die für die Sozialdemokratie in erster Linie für ein Zusammengehen in Betracht kommen dürfte. Beide Parteien zusammen verfügen über eine unbedingte Mehrheit, in ihr aber wiederum die Demokraten nur über die Hälfte der Sitze der Sozialdemokraten. Daraus ergibt sich jenes Bestreben nach Anschluß an eine andere bürgerliche Partei, als welche ihrer Stärke entsprechend nur die Zentrumspartei in Betracht kommen kann. So sehen wir auch in der Nationalversammlung die alte Koalition: Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum als Regierungsabild auftreten.

Viele mal das entkämpfen, nicht aber die, die wissen und sich stets vergegenwärtigen, daß die Ordnung politischer Dinge, die Gestaltung des Staates abhängig ist von seiner wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich diese in jenem wieder spiegelt. Riesengroß sind die Fortschritte des letzten Jahrhunderts auf wirtschaftlichem Gebiete. Das wirtschaftlich zur größten Vervollständigung emporgestiegene Deutsche Reich blieb aber im großen und ganzen in bezug auf seine politischen Einrichtungen auf der Stufe der Mitte des vorigen Jahrhunderts stehen. Der politische Ueberbau Deutschlands entsprach schon seit Jahrzehnten nicht mehr seinem wirtschaftlichen Unterbau. Durch die Novemberrevolution wurde er mit geradezu wunderbarer Reibungslosigkeit beseitigt. Sein Wiederaufbau kann nur erfolgen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich wohl in ihrem Tempo beschleunigen oder verlangsamen, nicht aber plötzlich erzwingen läßt. Mag die Paarung demokratische Volkspartei und Christliche Volkspartei unnatürlich sein, mag für die Verbindung dieser beiden mit der Sozialdemokratie das gleiche gelten, eine Politik ohne oder gar gegen die Arbeiter ist heute nicht mehr möglich. Das haben die freiesten aller Wahlen allen, die es angeht, zu klar vor Augen geführt. Das ergaben auch die ersten Rundungen in der Nationalversammlung: die Reden des Volksbeauftragten Ebert, des Alterspräsidenten Fannkuch und des Präsidenten der Nationalversammlung Dr. David. Alle Reden gipfelten in dem Bekenntnis zum demokratischen Freiheits, zur Souveränität der Nationalversammlung, zum einigen Deutschen Reich. Alle erhoben Einspruch gegen jede Verdrückung und jede Gewalttätigkeit, möge sie kommen, von welcher Seite sie auch kommen. Eine einzige große Sympathiebezeugung mit den unrechtmäßig in Feindesland zurückgehaltenen Gefangenen, mit den arretierten Elsas-Lothringern und den sich zu uns hingezogen fühlenden Deutsch-Österreicher. Aber auch eine einzige Willens-erklärung zur Wiederherstellung geordneter Zustände, zum Frieden auf versöhnlicher Grundlage, zum Völkerverbund, zur Gemeinschaftsarbeit aller Völkergenossen nur für das Beste des Volkes. Das Fichte-Wort: „Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanliß trägt“, mit dem der Volksbeauftragte Ebert seine Begrüßungsrede schloß, beherrschte die ganze Nationalversammlung, von keinen Gruppen ganz links und ganz rechts abgesehen. Es war auch maßgebend, als die Versammlung zur eigentlichen parlamentarischen Arbeit, zur Beratung und Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt überging.

* Dieses Stimmungsbild aus der Feder eines der Nationalversammlung angehörenden Verbandskollegen sollte in Nr. 8 erscheinen. Der Entwurf damit brauchte jedoch zwei Tage, bis er uns erreichte, zu einer Zeit, wo die Nummer längst abgeschlossen sein mußte. Schriftleitung.

Kollegen! Sorgt dafür, daß alle vom Meer zur Entlassung gelangenden Verbandskollegen sobald wie möglich sich wieder bei der zuständigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anmelden.

Dieses Notgesetz wurde durch den Staatssekretär des Innern, Dr. Preuß, begründet und nach seiner ersten Lesung am 8. Februar sofort am 10. in zweiter und dritter Lesung erledigt. Es bezeichnet als Aufgabe der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung die Beschlußfassung über die künftige Reichsverfassung und über sonstige dringende Reichsgesetze. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf der Zustimmung eines Staatsauschusses. Dieser besteht aus Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden. Die Stärke der Vertretung richtet sich nach der Einwohnerzahl, auf je eine Million ein Vertreter, auf die überschüssige Zahl in der Verhältnisgröße der Einwohnerzahl des kleinsten Bundesstaates ein weiterer Vertreter.

Deutsch-Österreich soll im Falle des Anschlusses in der genannten Stärke am Staatsauschuss mit beratender Stimme teilnehmen können. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Staatsauschuss nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

Der Gebietsbestand der Freistaaten kann nur mit ihrer Zustimmung geändert werden. Reichsgesetze kommen nur durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatsauschuss zustande. Ist Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so kann der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeiführen. Die Mitglieder der Nationalversammlung sind immun. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 23, 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung. Artikel 21 auch auf Soldaten.

In der Spitze des Reichs steht ein Reichspräsident. Dieser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, Gesandte zu beurlauben und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetze. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsauschusses. Ebenso Verträge mit Staaten des Völkerverbundes, sofern ein solcher zustande kommen sollte. Alle solche Gesetze und Verträge sind vom Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Er beruft ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Seeresleitung unterstellt sind. Die Reichsminister bedürfen des Vertrauens der Nationalversammlung. Sie sind für Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Das Gesetz tritt sofort mit feiner Annahme in Kraft, und es kommen von diesem Zeitpunkt an alle Gesetze und Verordnungen, die nach bisherigem Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstages bedürften, nur nach diesem Gesetz zustande.

Wenngleich diesem Gesetz alle Mängel eines Notgesetzes und eines Kompromisses anhaften, so waren dennoch alle Parteien mit Ausnahme der U. S. P. bereit, ihm ohne Kommissionsberatung und ohne Anträge dazu zu stellen, zuzustimmen. Sie verwahrten sich aber alle dagegen, sich dadurch in irgendeiner Weise für die endgültige Verfassung festlegen zu wollen. Die U. S. P. beantragte unter anderem die Anerkennung der U. und S. Räte als über der Nationalversammlung stehenden Körperschaft mit Einspruchsrecht gegen deren Beschlüsse. Dem Zentralrat wollte sie die Befugnis geben, selbst eine Volksabstimmung vorzunehmen. In einem anderen Antrag verlangte sie Offenheit der Verträge mit anderen Staaten überhaupt. Die ersten beiden Anträge fanden nur ihre eigene Zustimmung. Alle anderen Parteien lehnten sie ab, weil sie mit der Anerkennung der Nationalversammlung als einzigen und obersten Souverän eines freien Volkes unvereinbar sind. Die Nationalversammlung ist aus freien Wahlen auf freier und breiter Grundlage hervorgegangen, während dies bei den U. und S. Räten keineswegs der Fall ist. Diese stellen gegenüber der Vertretung des ganzen Volkes nur die einzelner Gruppen dar. — Der Antrag auf Offenheit aller Verträge fand mehr Beachtung, weil er unter dem Schlagwort Beseitigung der Geheimdiplomatie begründet wurde. Alle Redner waren in dem Streben auf Beseitigung der Geheimdiplomatie einig, erklärten aber eine Schwächung der Stellung Deutschlands bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen in der Verpflichtung, seinerseits alle Verträge öffentlich zu behandeln, während die anderen Staaten ungeführt ihre Geheimdiplomatie weiter aufrecht erhielten. Da auch in diesem Punkte die Antragsteller auf ihren Anträgen bestanden, verfielen sie gegen ihre Stimmen der Ablehnung.

Damit war die erste wichtige Gesetzesarbeit der Nationalversammlung erledigt, zwar keine endgültige, wohl aber eine Notverfassung geschaffen, auf Grund deren eine von der Volksvertretung anerkannte Regierung ihres Vertrauens gebildet werden kann. Am nächsten Tag erfolgte die Wahl des Reichspräsidenten, die auf Genossen Friedrich Ebert fiel, und am Donnerstag den 12. Februar stellte sich die neue deutsche Volksregierung (Ministerpräsident Scheidemann) mit ihrem Programm vor. Die Bahn ist frei zum Frieden und damit zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau des neuen deutschen Freistaates.

Beim Werden des Sozialismus

Von Wilh. Häusgen.

Der politische Umsturz hat uns vor eine Menge wild durcheinanderprobender Kräfte gestellt. Es konnte ja kein Mensch annehmen und erwarten, daß, als der alte starre Bann, der die Kräfte mit eiserner Gewalt zusammenhielt, fiel, nun die freigewordenen Kräfte alle gleich in eine Zielrichtung drängen würden. Auch in der Frage des Sozialismus und der Sozialisierung gingen die Anschauungen auseinander. Freilich: bei der Verarbeitung für die Nationalwahlen machten auch die „bürgerlichen“ Parteien (sowie Anleihen beim Sozialismus, daß die Sozialdemokratie, sofern man den neugeborenen „Sozialisten“ glauben konnte, tatsächlich hätte abtreten können. Da war keine Partei, die nicht „auch“ eine wenn auch beschränkte Sozialisierung „gewollt“ hätte. Der Gegensatz zur Sozialdemokratie wurde vorwiegend in der Behauptung aufgestellt, diese Partei wolle alles Privateigentum „aufheben“ und alles verstaatlichen. Natürlich will die Sozialdemokratie nicht das Privateigentum „aufheben“, sondern im Gegenteil durch Befreiung der Produktion von ihren kapitalistischen Hemmnissen mehr Güter erzeugen und damit die Menschen reicher machen. Die Sozialdemokratie will vor allem Schrittmacher der Entwicklung sein, sie will auch gar nicht einfach zu gegebener Zeit alle Produktionsmittel sozialisieren, wenn sie auch als schließliches Ziel die Verwandlung des Staates in eine große Wirtschaftsgenossenschaft erkennt. Schon in der Erläuterung zum Erfurter Programm (Seite 4 und 5) hat Kautsky darauf verwiesen, daß dies Programm nicht nur eine bedingte Anerkennung des Privateigentums enthält, sondern daß auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln als unter bestimmten Umständen berechtigt und notwendig anerkannt wird. Natürlich war der „Sozialismus“ der „bürgerlichen“ Parteien im allgemeinen nicht mehr als plumper Bauernfang, als Bahnmache, sonst hätte ja gar kein Grund vorgelegen, die Partei des Sozialismus, die Sozialdemokratie zugleich festig zu belampfen!

Aber über Art, Umfang und Zeitpunkt der Sozialisierung waren die Anschauungen in der sozialdemokratischen Partei auch vor dem Kriege nicht einheitlich. Wir erinnern an die Auseinandersetzungen darüber, ob in der Landwirtschaft der Groß- oder der Mittelbetrieb der ergiebigste sei. Ich neige Kautsky zu und widerspreche dem Vorwärts, der neuerdings — wohl die Not zur Tugend stempelnd — dem Späteren gar einen beschränkteren Vorzug vor dem Pflug geben möchte. Wo aus dem Kleinbetrieb mehr herausgeholt wird als aus dem Großbetrieb, kann dies fast immer nur auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft erfolgen. Wenn stellenweise der Großbetrieb mangelhafte Erträge liefert, dann folgt daraus noch lange nicht, daß er — bei entsprechender Bewirtschaftung — nicht weit mehr leisten kann. Gelegentlich wurde früher auch behauptet, daß in der Metallindustrie für Qualitätsarbeit der mittlere Betrieb geeigneter sei, während der Großbetrieb mehr für Massenartikel in Frage komme. Im allgemeinen kann ohne weiteres zugegeben werden, daß es da kein Mittel gibt und daß, was als Regel Geltung hat, darum wieder noch nicht im Einzelfall das Rechte und Zeitgemäße zu sein braucht. Nichts ist starr, alles fließt! Dieser Satz gilt wie überall so auch hier. Alle Regeln und Klassifizierungen sind nur Hilfsmittel des die Erfahrung nutzenden ordnenden Verstandes und als solche gefürstelt, während das warm flutende Leben keine starren Regeln kennt.

Kann sind da Genossen, die Angst verraten, daß ihnen der Sozialismus gestohlen werden oder sonst verloren gehen könne, wenn er nicht „sofort“ in die Wirklichkeit überführt wird. Manche von diesen Leuten sind dann schon ein gut Stück beunruhigt, wenn sie irgendeinen „Betriebsrat“ oder dergleichen durchgesetzt und verkündet haben, daß ein Betrieb damit sozialisiert sei! Aber Maßnahmen, die aus Furcht vor „bürgerlichen“ Parlamentsmehrheiten als „dringend“ bezeichnet werden, können, wenn sie leicht einzuführen sind, ja auch leicht wieder aufgehoben werden, sodas sie gar keine zweckmäßige und wirksame Sicherung wären. Dies wird von der Wänglichen regelmäßig verkannt. Die einzig wirksame Sicherung des Sozialismus ist ja die unausgesetzte Verarbeitung für die Sozialdemokratie, auf daß sie sich immer mehr Anhang im Volke findet. Haben wir eine sozialistische Regierung, dann haben wir allen Segen des Sozialismus damit in der Hand und können davon austreten, wie wir selbst es immer für angebracht halten. Wie ja auch die Frauen die Befreiung aller rechtlichen Unrechts mit dem Frauenstimmrecht in der Hand haben. Die um ihren Sozialismus so besorgten Genossen sind dabei vielfach doch von einer sorglos-fürhlichen Unbestimmtheit, sodas dagegen der tänzelnde Wilson ein Wassertrabe war. Wer mit dem Sozialismus fest verwachsen ist, hat ihn ja immer als entwicklungs-geschichtliche Notwendigkeit aufgefaßt. Gerade dies hat auch ja früher schon — als die sozialdemokratische Partei noch klein war — immer mit stolzer Zuversicht erfüllt und unsere Kraft gewaltig angepoart.

Bei einer sozialistischen Regierung und einer immer härter werdenden sozialdemokratischen Partei bekommen ja viele Fragen ein anderes Ansehen, so auch die der „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung“. Kautsky hat in letzter Zeit Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm veröffentlicht, die auch als Weiblat zum Vorwärts erschienen. Da stoßen wir auch auf Anklänge an den „gemischten Betrieb“. Zum Beispiel wird verlangt, daß Produktionszweige, deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist, soweit sie dazu geeignet sind, durch den Staat zwangsweise syndiziert werden. Das Syndikat hat die Beschaffung der Rohstoffe, den Abzug der Produkte sowie die Regelung der Produktionsbedingungen zu besorgen. Es hat auch das Recht, überflüssige oder unrationale Betriebe stillzulegen. In seine Leitung werden gewählt zu einem Viertel Vertreter der Unter-

Alle Gebel mühten eingesetzt werden, um Lebensmittel aus dem Auslande hereinzubringen; aber außer Lebensmitteln gebrauchten wir auch Kohlen, in erster Linie eigener Erzeugung, um die Zahlungen an das Ausland leisten zu können. Hierzu sei Einigung über die Grundlagen des Reichs und Schaffung von Ordnung notwendig.

Die Beser-Zeitung teilt mit, daß die Regierung 60 Fischdampfer in Auftrag gegeben hat. Der größte Teil soll auf den Reichsmeriten gebaut werden, der andere Teil auf Privatwerken als Ersatz für ausgefallene Kriegsdampfer. Bei den Privatwerken sind im ganzen etwa 100 Fischdampfer in Auftrag gegeben worden.

Das entmutigende Entlassungszeugnis. Ein 30-jähriger Angestellter war von dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft entlassen worden, nachdem er mit diesem in Streitigkeiten geraten war. Er erhielt zunächst überhaupt kein Zeugnis; nach zwei Monaten wurde ihm endlich ein solches ausgestellt, welches indessen die Bemerkung enthielt, der Entlassene sei der Durchführung nicht gemacht worden, es seien manche irrtümliche Nachfragen vorgekommen, auch habe er im Umgang mit den Aktionären den angemessenen Ton des kaufmännischen Verkehrs vermissen lassen.

Vom Ausland

Schweiz

Der Schweizerische Metall- und Uhrmacherverband im Jahre 1917. Gleichzeitig mit dem Jahresbericht des Schweizerischen Handels- und Industrievereins ist auch der des Metall- und Uhrmacherverbandes für 1917 zur Verfügung gelangt, und dieses zeitliche Zusammenfallen der Berichte zweier verschiedener Verbände mag zeigen, daß die Gründe für die späte Veröffentlichung in den besagten Verhältnissen liegen.

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz im Jahre 1917. Die Schweizerische Metall- und Uhrmacherindustrie hat im Jahre 1917 einen höchst erfolgreichen Verlauf genommen und die Zahl ihrer Mitglieder ist von 107 im Jahre 1916 auf 118, seiner Mitglieder von 35730 auf 62826 vermehrt hat. 18 Jahrgänge hatten mehr als 1000 bis 4779 (Chaux-de-Fonds) und 11 über 500 bis 1000 Mitglieder. Das Jahr 1918 dürfte der Verband mit nahezu 100 000 Mitgliedern abschließen.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Karas. 21. bis 11. Laufend. Berlin 1918, Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin S. 63, Lindenstraße 114. 32 Seiten. Preis 50 S. — 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen vertrieben und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar. Im übrigen ist die Schrift unverändert. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Karas. 21. bis 11. Laufend. Berlin 1918, Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin S. 63, Lindenstraße 114. 32 Seiten. Preis 50 S. — 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen vertrieben und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 1 386 658 Fr., die Ausgaben 1 088 721 Fr., das Verbandsvermögen stieg um 297 937 Fr. auf 991 990 Fr. Ueber 200 000 Fr. haben die Metallarbeiter im B. S. R. angelegt.

Der Bericht schließt seine kurzen Schlussbetrachtungen mit dem Satz: Mit unüberdunkelter Konsequenz drängte die ganze wirtschaftliche Entwicklung auf eine vermehrte Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte hin.

Ungarn.

Maschinen und Geier. Die verschiedenen Organisationen dieser beiden Berufs haben sich sämtlich aufgelöst. Am 19. Januar fand eine Konferenz der Maschinen- und Geier statt, die beschloß, sich dem Verbande der Eisen- und Metallarbeiter anzuschließen.

Großbritannien.

Widerspruchsvolle Nachrichten. Daß unter der englischen Arbeiterschaft zurzeit große Unruhe herrscht, darin stimmen alle Nachrichten aus England überein, sie weisen jedoch von einander ab, wenn es sich darum handelt, die Ursache der Unruhe anzugeben. Ueber diese werden wir wohl erst dann zuverlässige Nachrichten erhalten, wenn wieder ein freier Verkehr zwischen den Staaten möglich ist. Nach dem in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltenen Bericht muß man annehmen, daß die Unruhe unter den englischen Arbeitern mindestens doch zum großen Teile politische Ursachen habe. Dagegen brachte die Frankfurter Zeitung in ihrem ersten Morgenblatt vom 16. Februar aus dem Haag eine Mitteilung, wonach die Ausstände in England „mit Bolschewismus oder Spartakismus nichts zu tun“ haben. Das beweist zwar noch nicht, daß sie nicht doch politisch sind, denn es gibt doch auch noch andere politische Bewegungen. Allerdings lautet die Mitteilung weiter, daß die Ausstände rein wirtschaftlicher Natur seien und daß es außer in Glasgow, wo die Polizei mit Gummistöcken einschlug, nirgends zu nennenswerten Zusammenstößen gekommen sei. Den Truppen geht allerdings die Entlassung zu langsam und die Regierung sucht diese zu beschleunigen. Der Labour Leader hat angekündigt, daß alle bisherigen Streiks nur Vorpostenplanen seien und daß der große allgemeine Angriff erfolgen werde, wenn die Verminderung der Arbeitszeit als einziges Mittel gegen die durch die Demobilisierung hervorgerufene Ueberfüllung des Arbeitsmarktes erzwungen werden müsse.

Am 13. Februar wurde über Amsterdam berichtet, daß in Birmingham die Behörden die seit dem 2. Februar gebildeten A- und B-Kräfte aufgehoben haben. Als Antwort darauf sei ein allgemeiner Streik entfallen.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(V. a. G. Hamburg.)

Da Zweifel darüber bestehen, wie nach erfolgtem Uebertritt in eine andere Klasse das Krankengeld zu berechnen ist, nach dem wir auf folgendes aufmerksam. Nach § 7 Abs. 5 der Satzungen hat ein Mitglied im Erkrankungsfalle während der ersten 13 Wochen nach erfolgtem Uebertritt für die Dauer der Krankheit nur Anspruch auf das Krankengeld nach der Klasse, aus welcher der Uebertritt erfolgte. Am 1. Januar dieses Jahres sind die neuen Klassen in Kraft getreten und von da an konnte der Uebertritt auch nur aus den neuen Klassen erfolgen. Nach § 7 Abs. 11 d. S. raten die Mitglieder, welche bisher der 1. bis 3. Klasse angehörten, ohne weiteres in die Klasse über, welche dem bisher bezahlten Beitrag entspricht, zum Beispiel traten also die Mitglieder, welche früher der 1. Klasse angehörten, ohne weiteres in die neue 3. Klasse über und nur aus dieser konnte der Uebertritt in eine höhere Klasse erfolgen. Bei Erkrankungsfällen innerhalb der ersten 13 Wochen nach erfolgtem Uebertritt darf also für die Dauer der Krankheit das Krankengeld nur nach der Klasse berechnet werden, aus welcher der Uebertritt erfolgte. Dieses trifft auch für die Mitglieder zu, welche der früheren 4. Klasse angehörten. Der erhöhte Anspruch auf Krankengeld tritt erst bei den Krankheiten ein, die eintreten, nachdem mindestens 13 Wochen lang der erhöhte Beitrag bezahlt wurde.

Hamburg, 11. Februar 1919. Mit Gruß Der Vorstand.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Englischdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft. Von Karl Rantke. Leipzig 1918, Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft 166 Seiten. Preis geheftet 3 M., gebunden 4 50 M. — Das Werk besteht aus folgenden Abteilungen: I. Die Arbeiterfrage; 1. Arbeitslosigkeit und Demobilisation; 2. Arbeiterfrage; II. Staatswirtschaft; 1. Das Sparen; 2. Proportionalität und Kontinuität; 3. Krieg und Konjunktur; 4. Die Neuorganisation der Produktion; III. Die Fruchtbarkeit der Arbeitsmittel; 1. Die Ausnutzung der Arbeitsmittel; 2. Die Auswahl unter den Arbeitsmitteln; V. Die landwirtschaftlichen Arbeitsmittel; 1. Die landliche Arbeiterfrage; 2. Die Maschine in der Landwirtschaft; 3. Großbetrieb und Kleinbetrieb; 4. Die Landwirtschaft der Dörfergemeinden; 5. Städtische Landwirtschaft; VI. Die Rohmaterialien; 1. Erzfunde; 2. Die Bergwerke; 3. Die Landwirtschaft; 7. Handel; 7. Wollhandel; 8. Die Kolonialpolitik; VII. Das Geld; 1. Die Anfänge des Geldes; 2. Die Münze; 3. Das Zahlungsmittel; 4. Die Scheidemünze; 5. Das Papiergeld; 6. Die Banknote; 7. Wechsel und Scheck; 8. Das fiktive Kapital; 9. Die Zahlungsbilanz; 10. Die Ausgleichung von Gold und Not; 11. Der Geldmangel; VIII. Uebergangswirtschaft und Sozialismus. — Das Buch war schon im Juli 1918 herausgegeben, wurde aber durch diejenige moralische Zurückhaltung zurückgehalten. Durch die Ereignisse ist natürlich ein Teil der Darstellung überholt worden. Zusammen kann man noch mit Nutzen auf dieses Buch zurückgreifen.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Karas. 21. bis 11. Laufend. Berlin 1918, Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin S. 63, Lindenstraße 114. 32 Seiten. Preis 50 S. — 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen vertrieben und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar. Im übrigen ist die Schrift unverändert. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Karas. 21. bis 11. Laufend. Berlin 1918, Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin S. 63, Lindenstraße 114. 32 Seiten. Preis 50 S. — 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen vertrieben und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser aus dem Oberbegriffen des Militarismus als dem Verankerter des menschlichen Geistes es und stellt das System der Sozialpolitik dar.

Vermögen und Einkommen verkleinert werden. Der Verfasser fordert, daß man nicht die Produktionsmittel enteignen solle, sondern die Produktionsergebnisse und den Ertrag des Unternehmens in der Hauptsache der Gemeinschaft zulassen.

Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution. Von Erich Kuttner, Redakteur des Vorwärts. Mit zahlreichen Bildern. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin S. W. 68, Lindenstraße 114. 30 Seiten. Preis 50 S. — Erschienen schon kurz nach Ausbruch der Revolution als erste Schrift, die dieses Ereignis behandelt. Trotz der Hast, in der sie hergestellt wurde, darf sie Anspruch auf geschichtlichen Wert erheben.

Der Latenz vor Ypern nebst einem Anhang kleinerer Kriegsgedichte von Hermann Junge. Leipzig 1918, Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft. 52 Seiten. Preis 1 M. — Der Dichter hat die Greuel des Krieges in vorbildlicher Weise selber miterlebt und seinen kriegsgegenwärtigen Besühnen bereiten Ausdruck verliehen. Wir wünschen diesen Gedichten viele Leser.

Fachkunde für Metallarbeiter. Herausgegeben von Ingenieur und Vortragslehrer F. Kalkusch, Köln. 1. Teil 106 Seiten, 2. Teil 89 Seiten. Preis je 2 45 M. — Der erste Teil behandelt die Brennstoffe, die Erze und ihren Abbau, die Hoheisen- und Schmiedeeisenherstellung, die Herstellung und Verwendung des Gußeisens, das Walzen des Eisens, weitere wichtige Metalle und die weitere Verarbeitung des Schmiedeeisens und des Stahls. Zum Schluß folgt noch eine Erklärung der chemischen und physikalischen Vorgänge bei der Gewinnung und weiteren Verarbeitung der Rohstoffe. Im zweiten Teil werden die Werkzeuge und die Werkzeugmaschinen beschrieben. Ein Anhang behandelt das Wägen und das spezifische Gewicht. Der Verfasser hat sich bemüht, eine möglichst kurze und übersichtliche Einführung in die Fachkunde für Metallarbeiter zu schreiben. Sie enthält das, was der junge Metallarbeiter und besonders der Lehrling im allgemeinen darüber wissen muß. Auf alle Einzelheiten kann der Verfasser in dieser knappen Darstellung natürlich nicht eingehen. Dazu sind die anderen Bücher für die einzelnen Berufszweige nötig. Seiner Aufgabe genügt das vorliegende Werk aber sehr gut. Die zahlreichen Abbildungen lassen alles Unwichtige weg und sind klar und deutlich.

Zufahrt im Reichsanzug. Drollige Gänge und Fahrten durch Deutschland. Erlebt, erforscht und erzählt von Theodor Thomas. Illustriert von W. H. Feinisch. 1918, Druck und Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt am Main. 139 Seiten. Preis geheftet 2 50 M., gebunden 3 50 M. — Diese Geschichten werden einem Teil der Leser schon bekannt vorkommen, weil sie diese schon in der sozialdemokratischen Tagespresse gelesen haben. Aber das schadet nicht, denn interessant ist das Büchlein doch. Der Verfasser hat recht, wenn er in seinem Geleitwort sagt, daß man gegen manche Dinge nur mit überlegenem Spott antworten kann. Öffentlich wird die Hungerblase bald ein Ende haben, so daß dieses Büchlein nur noch als drolliges Andenken daran in Betracht kommen kann.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden:

- Es sind zu senden: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuges und Änderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16 a; Berichte und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen der Ortsvereine in Verbandsangelegenheiten, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötterstraße 16 b, und niemals nach Berlin, Elbasser Straße 86-88; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Verbandsstelle in Stuttgart, Rötterstraße 16 b, oder in Berlin N., Elbasser Straße 86-88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Verbandsstellen zugestellt worden ist; Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötterstraße 16 b. Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Verbandsstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzusenden. Die neugewählten Ortsvereinsmitglieder ersuchen wir besonders, dies zu beachten.

Verbands-Anzeigen

- Witgliederberammlungen. (In allen Berammlungen werden Mitglieder aufgenommen.) Samstag, 8. März: Stuttgart, Fürstehof, 8 Uhr. Erberg, Schönaich. Samstag, 15. März: Schmdln, S.-H. Goll. Adler, Halb 9.

Bekanntmachungen der Ortsvereine u. dergl. Offen. Zum ersten Bevollmächtigten und Geschäftsführer wurde Kollege Karl Wolf gewählt. Den übrigen Bewerbern herzlichen Dank. Fürstehof/Spre. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Antritt einen Geschäftsführer, der die Kassengeschäfte mit übernehmen muß. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer Generalversammlung. Fortsetzung für die Bewerbung ist eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft. Die Bewerbungschriften sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 5. März an den Kollegen Anton Perle, Ullm a. D., Karlstraße 49/2, zu richten.

Geftorben.

- Urnaberg. Waldemar Schlutwig, 38 Jahre, Formner, 38 Jahre, Lungenerkrankung. Ungsbarg. Karl Herrmann, Formner, 25 Jahre, Lungenerkrankung. — Heinrich Köhler, Formner, 54 Jahre, Leberleiden. Eiferwerda. Alwin Stammberger, 63 Jahre, Magenleiden. Leipzig. Bruno Herrmann, Metallarbeiter, 55 Jahre, Grippe. — Bruno Richter, Ausseiler, 18 Jahre. — Max Kloss, Schlosser, 27 Jahre, Lungenerkrankung. — Karl Köhler, Mechaniker, 23 J., Tuberkulose. — Hermann Zeppe, Schlosser, 33 J., Lungenerkrankung. — Franz Gildner, Fräser, 52 Jahre, Anginalfall. Radowitz-Potsdam. Frau Frenzel (18).

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.